



ANALYSE

des Entwurfs für das

Salzburger Grundversorgungsgesetz

Einleitung

Dem UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Aufgabe übertragen, für den internationalen Schutz der Flüchtlinge zu sorgen und sich um dauerhafte Lösungen für die Betroffenen zu bemühen. Die überwachende Funktion von UNHCR ist ein integrativer und wesentlicher Bestandteil zur Wahrung des internationalen Flüchtlingsschutzes und explizit in Artikel 8 seiner Satzung festgelegt. Demnach sorgt UNHCR für den Schutz der Flüchtlinge, die unter seine Zuständigkeit fallen, indem er u. a. den Abschluss und die Ratifizierung von Internationalen Abkommen zum Schutz der Flüchtlinge fördert, ihre Ausführung überwacht und Verbesserungsvorschläge vorbringt. Teil dieses humanitären Mandats ist die Überwachung der Durchführung der Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) und des New Yorker Protokolls von 1967. In Artikel 35 GFK und Artikel II des New Yorker Protokolls haben sich die Unterzeichnerstaaten dieser Vertragswerke verpflichtet, mit UNHCR zur Erfüllung dieser Aufgaben zusammenzuarbeiten.

Salzburger Grundversorgungsgesetz

Gemäß dem Allgemeinen Teil der Erläuterungen dient der vorliegende Gesetzesentwurf der Umsetzung der „Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG“¹ sowie mehrerer Richtlinien der Europäischen Union im Bereich des Flüchtlings- und Asylwesens auf landesgesetzlicher Ebene. Dem entsprechend möchte UNHCR vorab auf seine nach wie vor gültige Stellungnahme zum ursprünglichen Entwurf der Grundversorgungsvereinbarung² sowie die „Zusammenfassenden Beobachtungen von UNHCR bezüglich der EG-Richtlinie über Mindeststandards für die Aufnahme von Asylsuchenden“³ verweisen.

§ 3 – Informationspflicht

UNHCR begrüßt die in § 3 des Entwurfs enthaltene explizite Verpflichtung, Fremde über Rechte und Pflichten im Rahmen der Grundversorgung nach Möglichkeit schriftlich und in einer der betreffenden Person verständlichen Sprache zu informieren und empfiehlt, Hinweise auf Organisationen oder Personengruppen aufzunehmen, die spezifischen Rechtsbeistand gewähren bzw. im Zusammenhang mit den

¹ Vgl. BGBl. I Nr. 80/2004 bzw. LGBl. für Salzburg Nr. 91/2004.

² UNHCR-Stellungnahme zum Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG), 28. Juli 2003, <http://www.unhcr.at/pdf/558.pdf>.

³ <http://www.unhcr.at/pdf/1377.pdf>; siehe auch „UNHCR Annotated Comments on Council Directive 2003/9/EC of 27 January 2003 laying down minimum standards for the reception of asylum-seekers“, <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/protect/opendoc.pdf?tbl=PROTECTION&id=43661ff52>.

Aufnahmebedingungen Unterstützung anbieten.⁴ Die in den Erläuterungen zu § 3 des Entwurfs festgehaltene Informationsverpflichtung durch mit der Betreuung der Fremden betraute Private sollte zur Vermeidung allfälliger Missverständnisse und dadurch bedingter Informationslücken nach Ansicht von UNHCR in den Gesetzestext aufgenommen werden.

§ 4 – Begriffsbestimmungen

Z 2 – Asylwerber

Im Einklang mit dem Asylgesetz 2005 (§ 2 Abs. 1 Z 14) sollte die Definition des Begriffs „Asylwerber“ auch Personen, die Anträge auf internationalen Schutz eingebracht haben, umfassen.

Z 4 – Familienangehörige

Im Hinblick auf die Definition des Begriffs „Familienangehörige“ empfiehlt UNHCR eine breitere Auslegung, um das gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 des Entwurfs erklärte Ziel der Bedachtnahme auf die Familieneinheit erreichen zu können. Der Begriff „Familienangehörige“ sollte nicht auf Ehegatten und unverheiratete minderjährige Kinder beschränkt sein, sondern jedenfalls auch Eltern von minderjährigen Kindern umfassen. Zudem sollten aber auch unterhaltsbedürftige Personen, wie etwa Verwandte in aufsteigender Linie, die keine anderen Mittel als die Unterstützung der Familie zur Verfügung haben, sowie volljährige Kinder, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, sowie unverheiratete Lebensgefährten, die eine stabile Familieneinheit bilden, als Familienangehörige gelten.⁵ Für Letztere erscheint dies auch im Lichte des § 7 Abs. 2 des Entwurfs geboten, dem zufolge bei der Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit das Einkommen von im gemeinsamen Haushalt lebenden Lebensgefährten zu berücksichtigen ist.

Unter Hinweis auf Beschlüsse seines Exekutivkomitees⁶ rät UNHCR daher, in liberaler Weise sämtliche Kriterien zu berücksichtigen, die ein Familienleben begründen.

Z 5 – Besonders schutzbedürftige Personen

UNHCR zeigt sich sehr über die weite Definition von „besonders schutzbedürftigen Personen“ erfreut, möchte gleichzeitig jedoch anregen, in diesem Zusammenhang von

⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch Artikel 5 der EU-Aufnahmerichtlinie (Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten, ABl. L 31/18, 6.2.2003).

⁵ Vgl. UNHCR, Handbuch über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft (im Folgenden „UNHCR-Handbuch“), Genf, September 1979, Neuauflage: UNHCR Österreich, Dezember 2003, Rz. 185; Beschluss Nr. 88 (L) von 1999 des UNHCR-Exekutivkomitees, Beschluss über den Schutz der Familie des Flüchtlings; UNHCR, The Dublin II Regulation – A UNHCR Discussion Paper, April 2006, S. 29.

⁶ Vgl. Beschluss Nr. 24 (XXXII) von 1981, Familienzusammenführung, Abs. 5, und Beschluss Nr. 88 (L) von 1999, Beschluss über den Schutz der Familie des Flüchtlings, Abs. (b) (ii).

einer demonstrativen und nicht von einer abschließenden Begriffsbestimmung Gebrauch zu machen. Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass ein allfällig erforderlicher erhöhter Betreuungsbedarf dieser Personengruppe im vorliegenden Entwurf keine Berücksichtigung findet.

§ 5 – Zielgruppe

Abs. 1 Z 3 – Eigenmächtiges Verlassen der Grundversorgung

Nach Ansicht von UNHCR könnte der generelle und unbefristete Ausschluss von Fremden, die die Grundversorgung ohne Herstellung des Einvernehmens mit den dafür zuständigen Stellen eigenmächtig verlassen, unbillige Härten mit sich bringen. Zu denken ist hier insbesondere an Handlungen, die Resultat der psychischen Ausnahmesituation sind, in der sich Asylsuchende oftmals befinden, oder an Familienangehörige, die in dieser Situation unter dem Einfluss eines Familienoberhaupts stehen. UNHCR plädiert daher dafür, die Grundversorgung in diesen Fällen lediglich ruhen und bei einer Rückkehr der betreffenden Person – allenfalls nach erneuter Prüfung der Aufnahmekriterien –wieder aufleben zu lassen.

Abs. 2 – Subsidiarität

Die Berücksichtigung der Leistungen Dritter an Fremde im Rahmen der Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit darf nach Ansicht von UNHCR nicht – wie es auch der Oberste Gerichtshof in seinem Beschluss Zl. 1 Ob 272/02k vom 24. Februar 2003 ausgeführt hat – zur Berufung durch das Land Salzburg auf Leistungen von dritter Seite zur Beseitigung oder Linderung einer akuten wirtschaftlichen Notlage führen, wenn diese erst aufgrund mangelnder staatlicher Unterstützung bereitgestellt wurden.

Zudem sollte eine seitens Dritter bestehende Verpflichtung zur Erbringung vergleichbarer Leistungen nicht zu einer Notlage der Fremden führen, wenn in der Praxis dieser Verpflichtung nicht nachgekommen wird bzw. werden kann. UNHCR regt daher an, sich in diesem Punkt ausschließlich an der tatsächlichen Lage der Betroffenen zu orientieren.⁷ Die Leistungsverpflichtung dritter Personen oder Einrichtungen wäre allenfalls im Wege von Regressansprüchen durchzusetzen.

Abs. 3 – Schutzbedürftigkeit

UNHCR hat stets betont, dass grundsätzlich kein triftiger Grund besteht, subsidiär Schutzberechtigte und Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention unterschiedlich zu behandeln, da sich ihr Status im Wesentlichen an ihren Bedürfnissen orientieren sollte. Insbesondere bei Fragen des Wohnraums, der Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung, aber auch beim Zugang zu Beschäftigung und Bildungseinrichtungen sollten subsidiär Schutzberechtigte vielmehr dieselbe Behandlung wie Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention genießen. Demnach empfiehlt UNHCR, subsidiär Schutzberechtigte ebenso wie Flüchtlinge in

⁷ So stellt auch Artikel 2 Abs. 1 der Grundversorgungsvereinbarung auf die faktische Sicherung des Lebensunterhalts ab.

das Sozialhilfesystem einzugliedern, wie dies auch Artikel 28 der Statusrichtlinie⁸ nahe legt.

Abs. 5 – Flüchtlinge

Die in § 5 Abs. 3 Z 5 des Entwurfs enthaltene Regelung, wonach Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention für die Dauer von vier Monaten nach der Asylgewährung weiterhin von der Grundversorgung profitieren, soweit sie keine Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes gemäß dem Salzburger Sozialhilfegesetz in Anspruch nehmen, soll ausdrücklich als sehr positiv hervorgehoben werden, da auf diese Weise den Bedürfnissen der Flüchtlinge in vorbildhafter Weise Rechnung getragen und die Konformität mit Art. 23 der Genfer Flüchtlingskonvention gewahrt wird.

§ 6 – Leistungen der Grundversorgung

Abs. 1 – Allgemeine Leistungen

UNHCR vermisst in dem in § 6 Abs. 1 des Entwurfs enthaltenen Leistungskatalog Qualitätskriterien, die eine den Grundsätzen der internationalen Menschenrechtsstandards entsprechende Versorgung der Fremden sicherstellt.

Wie in den Erläuterungen zu § 6 des Entwurfs erwähnt, soll diese Bestimmung im Wesentlichen Artikel 6 der Grundversorgungsvereinbarung entsprechen. Dies wird ausdrücklich unterstützt, da hierdurch auch bundesweit einheitliche Standards bei der Versorgung von Asylsuchenden sichergestellt werden. UNHCR empfiehlt daher, den vorliegenden Entwurf auf dennoch bestehende Abweichungen bei der Formulierung der entsprechenden Leistungen zu überprüfen. Nach Ansicht von UNHCR wäre beispielsweise in Z 1 auf „geeignete“ Unterkünfte „unter Achtung der Menschenwürde“ und in Z 2 auf „angemessene“ Verpflegung Bedacht zu nehmen sowie in Z 4 die „notwendige Krankenversorgung“ näher zu definieren. Darüber hinaus vermisst UNHCR die in Artikel 6 Abs. 1 Z 11 der Grundversorgungsvereinbarung enthaltenen „Maßnahmen zur Strukturierung des Tagesablaufes im Bedarfsfall“, die ebenfalls von besonderer Bedeutung sind.

Abs. 2 – Sonderbestimmungen für unbegleitete minderjährige Fremde

UNHCR begrüßt die in § 6 des Entwurfs normierten Sonderregelungen zur Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von unbegleiteten Minderjährigen. Gleichzeitig darf angeregt werden, die in Artikel 7 Abs. 3 Z 4 der Grundversorgungsvereinbarung ausdrücklich vorgesehene „Ermöglichung der Familienzusammenführung“ in die Aufzählung des Abs. 2 aufzunehmen.

⁸ Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABl. L 304/12, 30.9.2004.

Des Weiteren tritt UNHCR dafür ein, in Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention sowie Artikel 18 der EU-Aufnahmerichtlinie die vorrangige Berücksichtigung des Wohls des Kindes bei der Anwendung des Gesetzes explizit vorzusehen.

Abs. 3 – Massenfluchtbewegungen

Die Möglichkeit der Beschränkung der Grundversorgung für vorübergehend Schutzberechtigte ist für UNHCR nicht nachvollziehbar. Das Institut des vorübergehenden Schutzes im Falle einer Massenfluchtbewegung und die damit verbundene Aussetzung von individuellen Asylverfahren sind nach Ansicht von UNHCR als Sondermaßnahmen zu betrachten, die keinerlei nachteilige Auswirkungen auf die potentielle Feststellung der Flüchtlingseigenschaft der betreffenden Personen und deren Rechtsstellung haben dürfen. Da die überwiegende Mehrheit der vorübergehend schutzberechtigten Personen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind, sollte für diese vielmehr ein Status vorgesehen werden, der sich an den Rechten von Flüchtlingen orientiert.

§ 7 – Einsatz der eigenen Mittel

Im Zusammenhang mit dem Einsatz der eigenen Mittel empfiehlt UNHCR, analog zum Salzburger Sozialhilfegesetz⁹ Regelungen zur Frage aufzunehmen, welche Teile des Einkommens bzw. des Vermögens als nicht verwertbar gelten.

Hinsichtlich der Berücksichtigung des Einkommens von im gemeinsamen Haushalt lebenden Lebensgefährten siehe die Anmerkungen zum Begriff „Familienangehörige“ in § 4 Z 4 des Entwurfs.

§ 8 – Einsatz der eigenen Kräfte

UNHCR möchte darauf hinweisen, dass es sich für Asylwerber äußerst schwierig gestaltet, ihre Arbeitskraft zum Erwerb eigener Mittel entsprechend einzusetzen, da Asylwerber während des Asylverfahrens *de facto* kaum eine Möglichkeit haben, eine Beschäftigungsbewilligung zu erhalten – selbst wenn der Großteil von ihnen gerne ohne öffentliche Unterstützung für den Lebensunterhalt aufkommen würde.

Da der in Z 1 genannte Einsatz der Arbeitskraft nicht näher definiert ist, sei überdies auf die Anmerkungen des Expertenausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit (Übereinkommen 29) aus 1991 betreffend Deutschland¹⁰ verwiesen. Demnach gilt die

⁹ Siehe § 8 Abs. 2 des Salzburger Sozialhilfegesetzes idF LGBl. Nr. 20/2006.

¹⁰ Vgl. Absatz 2 CEACR 1191/61st Session, ILOLEX No. 061991DEU029: “Article 2, paragraphs 1 and 2(b). The Committee previously noted that, under the Work Permit Decree, persons requesting asylum are normally prohibited from working for at least two years from the date of their request, but that under the Federal Social Assistance Act, as amended by the Second Act to improve the Budget Structure, of 22 December 1981, the same persons may be called upon to perform "socially useful work", which they have no choice but to carry out if they are to maintain their welfare

Verpflichtung von Personen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und somit von Sozialhilfeleistungen abhängig sind, zu gemeinnütziger Arbeit („socially useful work“) bei sonstigem Verlust von Wohlfahrtsleistungen als verbotene Zwangs- oder Pflichtarbeit im Sinne dieses Übereinkommens.

§ 9 – Ablehnung und Einschränkung der Grundversorgung

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR ist über die zahlreichen Gründe besorgt, aus denen Grundversorgungsleistungen verweigert, eingeschränkt und entzogen werden können. Vorweg ist festzuhalten, dass Menschenrechte auf jede Person in jeder Situation anzuwenden sind¹¹ und insbesondere Asylsuchende vielfach selbst vor Menschenrechtsverletzungen fliehen mussten. Darüber hinaus sind stets auch die Auswirkungen derartiger Maßnahmen auf Familienangehörige der betroffenen Person – einschließlich Kinder – zu beachten. Schließlich ist nach Erfahrungen von UNHCR die Berücksichtigung humanitärer und materieller Grundbedürfnisse eine Voraussetzung für faire Verfahren, da unversorgte Asylsuchende zumeist nicht in der physischen und/oder psychischen Verfassung sind, ihr Verfahren bestmöglich zu führen. Ebenso kann das Verarmen von Asylsuchenden unerwünschte humanitäre und soziale Konsequenzen nach sich ziehen.

Viele der vorgesehenen Gründe zur Ablehnung, Einschränkung und zum Entzug von Grundversorgungsleistungen stehen – entgegen der diesbezüglichen Aussage im Besonderen Teil der Erläuternden Bemerkungen – in Widerspruch zur EU-Aufnahmerichtlinie. UNHCR regt daher an, diese Einschränkungen eingehend zu überprüfen und den Entwurf in Einklang mit der EU-Aufnahmerichtlinie zu bringen.

Gleichzeitig werden im Folgenden die aus Sicht des internationalen Flüchtlingsschutzes problematischsten Ausschlussgründe eingehender kommentiert:

Abs. 1 Z 1, 5 und 8 – Asylausschlussgrund, Folgeantrag sowie Verletzung der Mitwirkungspflichten

Diese Verweigerungsgründe basieren ausschließlich auf für Asylverfahren relevanten Umständen. Wenngleich die Grundversorgung von Asylsuchenden in engem Zusammenhang mit deren Asylverfahren steht, ist eine inhaltliche Trennung dieser beiden Rechtsmaterien erforderlich. Während der Zweck eines Asylgesetzes in der Feststellung eines allfälligen Schutzbedarfs liegt, haben sich Betreuungsgesetze

entitlements. The Committee pointed out that by the Act of 6 January 1987 the prohibition for asylum seekers to work has, with certain exceptions, been extended to a period of at least five years following their asylum request. As the Committee recalled in paragraph 21 of its General Survey of 1979 on the Abolition of Forced Labour, a penalty for the purposes of Article 2, paragraph 1, of the Convention may take the form of loss of rights or privileges. In a situation where the authorities have, through the prohibition of employment, deprived asylum seekers of the possibility of taking up work of their choice and made them dependent on welfare entitlements, the threat to withhold these payments in the event of failure to perform specified work brings that work within the scope of the Convention.”

¹¹ Siehe Artikel 11 Abs. 1 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, BGBl. Nr. 590/1978.

ausschließlich mit Fragen der Grundversorgung zu befassen. Die Beurteilung eines asylrelevanten Sachverhalts durch mit der Abwicklung der Grundversorgung betraute Organe wirft zudem Fragen der Kompetenzverteilung und Bindungswirkung von entsprechenden Entscheidungen auf.

Die Stellung eines Folgeantrags, der etwa aufgrund einer geänderten Situation im Herkunftsstaat durchaus gerechtfertigt sein mag¹², wäre daher ebenso wie die mangelnde Mitwirkung in einem Asylverfahren oder das Vorliegen von Asylausschlussgründen ohne Auswirkungen auf Grundversorgungsleistungen ausschließlich im Rahmen der Beurteilung des jeweiligen Asylgesuchs zu berücksichtigen.

Stellt sich bei der Würdigung von Asylanträgen deren Unbegründetheit bzw. die Schutzunwürdigkeit der Asylsuchenden heraus, wäre das Verfahren rasch negativ zu beenden und in weiterer Folge nach Rechtskraft die im Asylbescheid allfällig ausgesprochene Ausweisung sicherzustellen. Sanktionen im Bereich der Grundversorgung während des laufenden Asylverfahrens werden hingegen als nicht sinnvoll erachtet.

Abs. 1 Z 2 und 3 – Wegweisungsrecht und Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Unterkunft

Die von einzelnen Asylsuchenden allfällig ausgehende Gefährdung der Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Unterkunft ist aus Sicht von UNHCR losgelöst von Fragen der Grundversorgung zu sehen. Strafrechtlich relevantes Verhalten sollte im Rahmen des Strafrechts geahndet werden, anstatt Sanktionen bei der Grundversorgung in Betracht zu ziehen.

Ebenso wenig sollte eine Wegweisung bzw. ein Betretungsverbot (§ 38a SPG) im Entzug der Grundversorgung resultieren. Denn dies könnte – aufgrund der weitreichenden Folgen für den Täter – Opfer familiärer Gewalt etwa dazu bewegen, sich nicht an die zuständigen Behörden mit Bitte um Hilfe zu wenden. Des Weiteren erhebt sich die Frage, ob die Ablehnung, Einschränkung oder der Entzug von Leistungen verhältnismäßig ist. Schließlich kann daraus Obdachlosigkeit des Asylsuchenden resultieren und die Durchführung eines geordneten und fairen Asylverfahrens unmöglich werden.

Abs. 1 Z 4 – Unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes

§ 9 Abs. 1 Z 4 des Entwurfs normiert die Möglichkeit der Ablehnung oder Einschränkung bzw. des Entzugs von Leistungen der Grundversorgung, wenn die betreffende Person einen allenfalls festgelegten Aufenthaltsort unerlaubt verlässt.

Nach Ansicht von UNHCR sollte die Unterstützung eines Fremden bei unerlaubtem Verlassen des Aufenthaltsortes nicht eingeschränkt oder entzogen, sondern lediglich für die Dauer des Fernbleibens ausgesetzt werden bzw. ruhen. Im Fall einer Rückkehr

¹² Vgl. auch VfGH G 237, 238/03-35, G 16, 17/04-28 und G 55/04-28 vom 15. Oktober 2004, S. 201.

wäre die Anspruchsberechtigung neu zu prüfen (siehe auch Anmerkungen zu § 5 Abs. 1 Z 3 des Entwurfs).

Abs. 1 Z 7 – Fehlender Einsatz der Arbeitskraft

Siehe in diesem Zusammenhang die Anmerkungen zu § 8 des Entwurfs.

Abs. 2 – Verhältnismäßigkeit

UNHCR möchte die Verankerung der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die Ablehnung, Einschränkung und den Entzug von Grundversorgungsleistungen sowie die vorgesehene, dieser Maßnahmen vorangehende Anhörung des Betroffenen ausdrücklich positiv hervorheben.

§ 11 Abs. 2 – Rückerstattungspflicht

Die Gewährung von Leistungen der Grundversorgung hätte sich nach Auffassung von UNHCR stets an der Hilfsbedürftigkeit der betreffenden Person zum entscheidungsrelevanten Zeitpunkt zu orientieren. Eine allenfalls entstandene Rückerstattungspflicht gemäß § 11 des Entwurfs sollte daher – bei nunmehr bestehender Hilfsbedürftigkeit – nicht zur Verminderung von laufenden Leistungen der Grundversorgung führen, wenn in diesem Fall die notwendige Versorgung nicht gewährleistet werden kann.

§ 13 – Antragstellung

Gemäß § 13 Abs. 1 des Entwurfs wird die Grundversorgung lediglich auf Antrag gewährt. Da das Ziel des Salzburger Grundversorgungsgesetzes – wie in § 1 des Entwurfs festgehalten – die Sicherstellung der vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ist, vertritt UNHCR die Auffassung, dass die Gewährung entsprechender Leistungen nicht von einem Antrag des jeweiligen Asylsuchenden abhängig sein soll. Vielmehr dürfte es auch aus administrativen Gründen im Sinne der Landesverwaltung sein, nach Zuweisung der betreffenden Person durch die Koordinationsstelle ohne weiteres förmliches Verfahren für deren geeignete Unterbringung, Versorgung und Betreuung Sorge zu tragen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Fremde in der Regel mit dem österreichischen Verwaltungssystem und den sich daraus ergebenden Pflichten nicht vertraut sowie in den meisten Fällen der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Es wird daher empfohlen, den ersten Satz des § 13 Abs. 1 des Entwurfs dahingehend zu ergänzen, dass Grundversorgung auf Antrag des Fremden oder von Amts wegen gewährt wird.

§§ 15 und 16 – Entscheidung im Verwaltungsweg bzw. Zuständigkeit

UNHCR begrüßt die Einrichtung eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit einer unabhängigen Berufungsinstanz – dem Unabhängigen Verwaltungssenat. Gleichzeitig

wäre es aus Sicht von UNHCR jedoch insbesondere bei eingeschränkter Gewährung sowie Einschränkung und Entzug von Leistungen zweckmäßig, nicht nur auf – noch dazu schriftliches – Verlangen des Betroffenen, sondern *ex officio* im Verwaltungsweg zu entscheiden.

§ 15 Abs. 1 Z 3 des Entwurfs scheint überdies mit § 9 Abs. 2 *leg.cit.* in Widerspruch zu stehen, da sich nach letzterer Bestimmung die Ablehnung, die Gewährung unter Auflagen oder Bedingungen, die Einschränkung oder der Entzug von Leistungen nicht auf die medizinische Notversorgung sowie die unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten erstrecken darf. UNHCR regt daher an, § 15 Abs. 1 Z 3 des Entwurfs zu streichen.

§ 18 – Verwendung von Daten

Die im vorliegenden Entwurf vorgesehene Befugnis, Daten von Asylsuchenden an ausländische Asylbehörden zu übermitteln, ist aus Sicht von UNHCR verzichtbar, da die allenfalls notwendige Kommunikation mit diesen Asylbehörden ohnehin durch das Bundesasylamt vorgenommen wird. UNHCR empfiehlt daher, diese Ermächtigung zu streichen.

§ 24 – Inkrafttreten

Da die EU-Aufnahmerichtlinie gemäß Artikel 26 Abs. 1 von den Mitgliedstaaten bereits bis zum 6. Februar 2005 umzusetzen war, plädiert UNHCR für das frühest mögliche Inkrafttreten des Salzburger Grundversorgungsgesetzes.

UNHCR
3. August 2006